

# Sächsische Staatszeitung

Staatsanzeiger für



den Freistaat Sachsen

Erscheint werktags nachmittags mit dem Datum des Erscheinungstages.  
Bezugspreis: Monatlich 3 RM. Einzelne Nummern 15 Pf.  
Schriftleitg. u. Geschäftsstelle Dresden-K. 1, Gr. Zwingstr. 16. Ruf 14 574 u. 21 295.  
Postfach-Konto Dresden 2486 / Staatsbank-Konto 674.

Anzeigenpreise: 32 mm breite, 3 mm hohe Grundzeile oder deren Raum 35 Pf.,  
66 mm breit im amtlichen Teile 70 Pf., Reklamezeile 1 RM.  
Ermäßigung auf Geschäftsanzeigen, Familiennachrichten und Stellengesuche.  
Schluß der Annahme vormittags 10 Uhr.

Zeitweise Nebenblätter: Landtags-Belage, Ziehungsliste der Staatsschuldenverwaltung, Holzplanzen-Verkaufsliste der Staatshofverwaltung.

Verantwortlich für die Schriftleitung: Oberregierungsrat Hans Bloch in Dresden.

Nr. 15

Dresden, Dienstag, 19. Januar

1932

## Rede des Reichsinnenministers Dr. Groener zum Reichsgründungsgedenktag.

Berlin, 18. Januar.  
Zum Gedenken der heute vor 61 Jahren erfolgten Gründung des Deutschen Reiches wurde heute abend durch den Deutschen Rundfunk eine feierliche Veranstaltung übermittelte, in deren Verlauf Reichsinnenminister Dr. Groener sprach.

Wiederum, so erklärte der Minister u. a., lämpft das deutsche Volk um seine Rettung aus tiefer Not, um seinen Wiederaufstieg als große Nation. Dabei stehen weniger die materiellen Güter auf dem Spiele, als vielmehr die geistigen und moralischen Kräfte. Eine geistige Wiedergeburt aber kommt nicht von ungefähr und nicht von außen. Die Wurzeln dieser Erneuerung liegen in der Vergangenheit. In der Pflege der geistigen Erbschaften unseres Volkes liegt die Voraussetzung für unsere Rettung und für den nationalen Wiederaufstieg.

Der Redner erinnerte an die am 18. Januar 1871 erfolgte Vollendung der Neugründung des Reiches: Zwei hehre Gestalten, erklärte er, ragen aus dem Bilde von dem Verfall des 1871 hervor. Bismarck und sein königlicher Herr, Wilhelm I. Dieser historischen Gestalten heute zu gedenken, ist ein Gebot vaterländischer Pflicht. Durch diese beiden Persönlichkeiten ist die Einheit des deutschen Volkes verwirklicht worden. Doch wieviel ein Unterschied zwischen damals und heute! Im gleichen Spiegelbilde von Verfall wurde uns 1919 jener Vertrag aufgezwungen, dessen politische und wirtschaftliche Ungerechtigkeit und Unvernunft nicht nur für unsere beispiellose Notlage, sondern auch die der ganzen Welt verantwortlich sind.

Und doch konnte die demütigende Szene vom 28. Juni 1919 dem Einigungswort vom 18. Januar 1871 nichts anhaben. Das Band, das die Reichsgründung um das deutsche Volk geschlungen, war für das zweite Verfallsjahr unzerbrechlich. Ergebenen Hauptes dürfen wir daher trotz allem Leidigen der Gegenwart das Reichsgründungsgedenktag gedenken. Was schwer ertragen, hatte in sich die Kraft des Bestandes. Die Einheit des Reiches überstand die Schrecken des Weltkrieges, das Elend des Zusammenbruchs, den Wandel von der Monarchie zur Republik, den Krieg im Frieden, den der Kampfstamp bedeutete. Wo die Einheit des Reiches auf dem Spiele stand, gab es keine Parteien. So soll und muß es bleiben. Der Reichsgründungstag mahnt alle Volksgenossen, zusammenzusehen in Bräutlichkeit

und Einheit. Fort mit dem häßlichen Erbe der Parteien, der unser ganzes Volkleben vergiftet. Es muß möglich sein, eine neue Gemeinsamkeit herzustellen, die auf jene politischen Lager umfaßt, die sich heute als erbitterte Feinde gegenübersehen. Die einzige Grundlage einer solchen Einigung aber kann nur die Nation sein. Diese Einigung geht in der Praxis heute schon sehr viel weiter, als man es aus den Schranken der Partei heraus sehen will. Ihr Ziel und ihr Vorzeichen ist und bleibt die Freiheit und Gleichberechtigung der deutschen Nation. Von dieser Grundlage der nationalen Einigkeit aus werden sich auch die Probleme lösen lassen die unser Verfassungsleben aufwirft. Es ist ebenso verfehlt, die Verfassung von Weimar in Hauch und Fogen zu werfen, wie in ihr ein unveränderliches, starrtes Ideal zu sehen. Organische Ausföhrung und Entwicklung der Verfassung ist die Aufgabe der politischen Kräfte. Es kommt weniger darauf an, einzelne Verfassungsbestimmungen zu ändern, als sie durch den Geist, in dem sie ausgeföhrt werden, den lebendigen Bedürfnissen des Staates und der Nation anzupassen. Unantastbar ist nur ihr Grundgedanke, die freie Mitarbeit und Selbstverantwortung eines jeden Staatsbürgers. Der Lebensweg des deutschen Volkes muß diesem eine dauernde Lehre sein, daß allein die eigene geschlossene Kraft ihm den Weg in die Zukunft bahnen kann.

Deutschland wird jetzt auf die Konferenzen von Lausanne und Genf gehen, um sein gutes Recht auf Freiheit und Gleichberechtigung mit andern Völkern zu erringen. Die historische Bedeutung dieser Stunde verlangt es, daß jeder Deutsche den Reichstagskanzler und die übrigen Vertreter des deutschen Volkes, die in Lausanne und Genf seine Sache führen, bei ihrem beispiellos schweren Ringen unterstützt. Vor dem Kampf um die höchsten Rechte des deutschen Volkes schweige der Parteistreit. Wie oft hat unser althergebrachter Herr Reichspräsident zur Einheit aufgerufen! Er, der den Reichsgründungstag im Spiegelbild von Verfall mit erlebte, wiewohl sich mit aufopfernder Pflichterfüllung und heroischer Treue der Einheit der Nation. Denn nur in diesem Zeichen ist das nationale Rettungswort zu vollbringen.

## Die Aktion zur Preisföntung.

Verhandlungen des Preiskommisars.

Berlin, 18. Januar.

Der Preiskommisar für Preisüberwachung verhandelt gegenwärtig mit der Hauptgemeinshaft für den deutschen Einzelhandel über die Frage einer Preisföntung im Textil- und Schuhhandel. In der laufenden Woche werden sich daran Verhandlungen mit den Bauereien und dem Gastwirtsgewerbe, der Farbenindustrie den Privattelephongesellschaften und Düngemittelwerkwerken, sowie dem Kraftschiffen- und Kraftwagenbau. Auch mit den Gewerkschaften sind weitere Besprechungen in Aussicht genommen.

Die Gas- und Elektrizitätsstarife sind jetzt wiederum in einer Reihe weiterer Orte gesenkt worden, insgesamt haben 75 Gaswerke und 48 Elektrizitätswerke ihre Tarife herabgesetzt. Unter den Gaswerken befinden sich die von Magdeburg, Bielefeld, Hamburg, Erfurt und Merseburg, unter den Elektrizitätswerken das Badenwerk in Karlsruhe, die Elbinger, Dresdner, Somborger, Kachener, Erfurter und Schwebniger Elektrizitätswerke, sowie das Ob- und Bayerische Kraftwerk in München und das Oberbayerische Elektrizitätswerk.

Die Frage der Bierpreisföntung.

Berlin, 18. Januar.

Die heutige Mitgliederversammlung des Deutschen Brauerbundes e. S. beschäftigte sich u. a. mit der Frage der Bierpreisföntung. Die Mitgliederversammlung beschloß einstimmig die Auffassung, daß ohne eine fühlbare Senkung der Bierpreise eine Ermäßigung des Bierpreises nicht vorgenommen werden könne. Nur durch eine gleichzeitige Bierpreisföntung in einem Ausmaß, das eine Verbilligung des Dritteller-Glases um mindestens fünf Pfennige ermöglichen würde eine Wiederbelebung des Konsums erreicht werden. Eine Kommission wird morgen vormittags die Vorschläge des Preiskommisars für Preisüberwachung anhören.

Senkung der Hafengebühren.

Berlin, 18. Januar.

Wie der Amtliche Preusische Preisdienst mitteilt, haben der preusische Minister für Handel und Gewerbe und der preusische Finanzminister im Rahmen der Preisföntungsaktion der Reichsregierung eine zehnprozentige Senkung aller Hafengebühren in den preusischen Staatlichen Häfen mit Wirkung vom 21. Januar 1932 angeordnet. Auch für die öffentlichen nichtstaatlichen Hafengebühren und Umschlagseinrichtungen in Preußen wird angestrebt, vom gleichen Zeitpunkt ab die Hafengebühren und Umschlaggebühren zu senken.

## Um die Reichspräsidentenwahl.

Der Termin der Reichspräsidentenwahl.

Berlin, 18. Januar.

Zu der Meldung eines Berliner Abendblattes, daß die Wahl des Reichspräsidenten wahrscheinlich am 28. Februar erfolgen werde, teilt Wolffs Büro mit, daß die Bestimmung des Termins durch den Reichstag in Gesetzesform erfolgen muß. Infolgedessen sind auch die Bestimmungen unzutreffend, daß den Behörden bereits Anweisungen zugegangen seien, Vorbereitungen für die Reichspräsidentenwahl zu treffen.

Die Wirtschaftspartei an den Jungdeutschen Orden.

Berlin, 18. Januar.

Der Vorsitzende der Wirtschaftspartei, Professor Dr. Bredt, hat dem Jungdeutschen Orden auf sein Ersuchen um Unterstützung des von dieser Organisation eingeleiteten Volksbegehrens zur Amtsdauerverlängerung des Reichspräsidenten mitgeteilt, der Vorschlag des Jungdeutschen Ordens könne nicht empfehlenswert zu sein; es sei einfacher, den in der Reichsverfassung vorgezeichneten Weg der Volkswahlen zu beschreiten.

Der Christlichsozialen Volksdienst zur Wahl.

Berlin, 18. Januar.

Eine Fraktionsführung des Christlichsozialen Volksdienstes, hat heute festgestellt, daß die bestimmte Erwartung ausgesprochen, daß unter Ausschaltung aller Parteien die deutschen Stellen rechtzeitig Besorgung treffen, damit das deutsche Volk die Möglichkeit erhalte, Hindenburg in dieser schweren Zeit an der Spitze des Reiches zu behalten.

Eine Erklärung Hitlers an den Reichstagskanzler.

Berlin, 18. Januar.

Zu den Verhandlungen über die Verlängerung der Amtsdauer des Reichspräsidenten hat Hitler dem Reichstagskanzler eine Erklärung zugesandt, die jetzt veröffentlicht wird. Sie föhrt die schon bekannte

Verordnung des Reichspräsidenten über außerordentliche Zollmaßnahmen vom 18. Januar 1932.

Berlin, 19. Januar.

Auf Grund des Artikels 48 Abs. 2 der Reichsverfassung wird folgendes verordnet:

Artikel 1

Die Reichsregierung wird ermächtigt, im Falle eines dringenden wirtschaftlichen Bedürfnisses

1. bei der Einfuhr von Waren, die aus Ländern stammen, deren Währung unter die Goldparität gesunken ist, für einzelne Waren oder Warengruppen Auswahlschulden zu erheben,

2. für Waren, die aus einem Lande stammen, mit welchem das Deutsche Reich nicht in einem handelsvertraglichen Verhältnis steht oder welches die deutschen Waren ungünstiger behandelt als die Waren eines dritten Landes, erhöhte Zölle festzusetzen. Von der Erhebung der erhöhten Zölle kann bis zur Dauer von höchstens sechs Monaten Abstand genommen werden, wenn mit diesem Lande Handelsvertragsverhandlungen schweben oder bevorstehen. Die Reichsregierung kann bei einzelnen Waren von der Anwendung der erhöhten Zölle ganz oder teilweise absehen.

Artikel 2

Die Verordnung tritt mit dem Tage der Verkündung in Kraft.

Verordnung des Reichspräsidenten über das Tragen von Abzeichen.

Berlin, 18. Januar.

Auf Grund des Artikels 48 Abs. 2 der Reichsverfassung wird folgendes verordnet:

Vom Inkrafttreten dieser Verordnung ab gilt das im letzten Teil Kapitel II der Dritten Verordnung des Reichspräsidenten zur Sicherung von Wirtschaft und Finanzen und zum Schutze des inneren Friedens vom 8. Dezember 1931 (Reichsgesetzl. I S. 699) ausgesprochene Verbot des Tragens von Abzeichen nicht mehr für Kabela, Wosetten und ähnliche kleinere Abzeichen in der

Begründung der Ablehnung etwas weiter aus. Wenn der Reichstag die Amtszeit verlängern solle, so müßte er dem Willen des Volkes entsprechen, was jetzt nicht der Fall sei. Gegen den Hinweis des Reichstagskanzlers, daß die außenpolitischen Interessen des Reiches jetzt keine Wahlen gestatten, behauptet Hitler, daß sie nur aus innenpolitischen Gründen abgelehnt würden, daß die außenpolitischen Interessen dagegen sie erforderten, weil die innenpolitische Überwindung der weltanschaulichen und parteilichen Zerföhrungsarbeit, die mit dem November 1918 ihr Ziel erreicht und Deutschland in den heutigen Zustand getrieben habe, dafür Voraussetzung sei. Außerdem müsse er den Vorschlag ablehnen, weil die Nationalsozialisten zurecht als Staatsfeinde verurteilt und als Menschen zweiter Klasse behandelt worden seien. Zum Schluß folgt das Bedauern, daß Hindenburgs Name in diese Aktion zur Rettung des Systems, hineingezogen werde, für den wir Kämpfer des großen Krieges als den Generalfeldmarschall unseres Heeres unverändert ehrenerbiete Dankbarkeit empfinden.

Die Bayerische Volkspartei-Korrespondenz gegen Hitler.

München, 18. Januar.

Die Bayerische Volkspartei-Korrespondenz sagt zur Denkschrift Hitlers an den Reichstagskanzler, sie lasse die Stärke der Ablehnung gegen eine Wiederwahl Hindenburgs bei der R E D W. erkennen. Die Denkschrift sei überhaupt eine Hellschrift gegen Reichstagskanzler Dr. Brüning, der als das Haupthindernis für eine Verhinderung über eine Wiederwahl Hindenburgs hingestellt werde. Hätte man in den letzten drei Jahren nur Außenpolitik im Stile Hitlers getrieben, so wären die Franzosen noch heute am Rhein.

Eine Antwort der Reichsregierung.

Berlin, 18. Januar.

Die Reichsregierung läßt erklären, sie werde nicht verfehlen, die auf die Erklärung Hitlers zu erteilende Antwort ebenfalls der Öffentlichkeit bekanntzugeben.

Form und Größe, wie sie bisher bei politischen Vereinigungen üblicherweise getragen wurden.

Reichsratsdenkschrift über Reichsausgaben und Schuldendienst.

Berlin, 18. Januar.

Die Ausschüsse des Reichsrats verhandeln am Montag über den berichtigten Haushalt des Reiches und sollten nach ausführlicher Erörterung eine eingehende Entscheidung über die allgemeine Finanzlage, die Donnerstag in der Plenarsitzung bekanntgegeben wird. Der Generalberichterstatter des Reichsrats für den Reichshaushalt, Ministerialdirektor Dr. Bredt, besetzt den Vortag die Verhandlungen einleitete, hat dem Reichstag eine Denkschrift „Die Ausgaben des Reiches 1931 und früher mit besonderen Bemerkungen über den Schuldendienst“ vorgelegt, aus der wir folgendes entnehmen:

Während der normale innere Schuldendienst des Reiches infolge der Inflation und der geringen Aufwertung (bei der mehr als 100 Milliarden RM innere Kriegsschulden ganz ausgefallen sind) nur 485 Mill. RM jährlich beträgt, wendet Frankreich für den normalen inneren Schuldendienst jährlich mehr als 3 Milliarden RM (18 Milliarden Franken) auf, England sogar nach allem Kurs 6 Milliarden RM (300 Mill. Pfund, nach heutigem Kurs etwa 4 1/2 Milliarden RM). Beide Länder sind im Gegensatz zu Deutschland in der Lage, ihren inneren Gläubigern diese großen Beträge zur Verfügung zu stellen. In Frankreich und England macht, wie das Statistische Reichsamt berechnet hat, der innere Schuldendienst etwa 28 v. H. der öffentlichen Ausgaben aus, in den Vereinigten Staaten von Amerika und Italien etwa 22 v. H., in Deutschland dagegen nur 4,9 v. H. Von den Steuerleistungen kommt also in Frankreich mehr als ein

R